Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
(Für die Mittagsausgabe eingesendete Manuscripte wird sich die Redaction nicht verbindlich.)

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,150.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 30 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 36 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die 4spaltige Zeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 38. Donnerstag den 7. Februar 1884. 78. Jahrgang.

†

Prinzessin Georg.

Das tiefschmerzliche Ereigniß, auf welches die amtlichen Meldungen der letzten Tage vorbereiteten, ist zur traurigen Thatsache geworden. Am Dienstag Abend, kurz vor 11 Uhr, ist, wie wir bereits durch eine Extrabeilage mittheilen konnten, die Erlauchte Gemahlin des Prinzen Georg,

Ihre Königliche Hoheit
die Frau Prinzessin Maria Anna,

Ihrer schweren Krankheit erlegen. Was die ärztliche Wissenschaft nur irgendwie aufzubieten, was aufmerksame Pflege zu leisten vermochten, das ist geschehen, aber es gelang nicht das theuere Leben zu retten. Heute trauert in tiefem Leid das erhabene Königshaus, trauert aufrichtig das gesammte Land um die in der Blüthe Ihrer Jahre Dahingeschiedene, durch deren Tod eine nicht wieder auszufüllende Lücke in einen glücklichen Familienkreis gerissen ist. Die Erlauchte Prinzessin war bei Ihrem Verscheiden von dem von Schmerz überwältigten Königspaar und Ihren tief ergriffenen und niedergebeugten Angehörigen umgeben.

Prinzessin Maria Anna war am 21. Juli 1843 als Tochter des Königs Ferdinand und der Königin Maria von Portugal geboren und hatte sich am 11. Mai 1859 mit dem Prinzen Friedrich August Georg, Herzog zu Sachsen, vermählt. In wenigen Monaten wäre es Ihr vergönnt gewesen, mit dem Silberkranz einer fünfundzwanzigjährigen glücklichen Ehegemeinschaft sich das Haupt zu schmücken, an welchem frohen Familienereigniß gewiß das ganze Land herzlichen Antheil genommen haben würde; indessen Gottes unerforschlicher Rathschluß hat es anders gefügt. Ein großer Trost ist der Entschlafenen zu Lebzeiten noch zu Theil geworden: die frohe Hoffnung, daß Ihr jüngstes Kind, der am 25. Februar 1875 geborene Prinz Albert, von seiner langen und schweren Krankheit genesen würde. Außer diesem Prinzen sind der Ehe der Verstorbenen mit Sr. Königl. Hoheit dem Prinzen Georg folgende Kinder entsprossen: 1) Prinzessin Mathilde, geb. am 19. März 1863, 2) Prinz Friedrich August, geb. am 25. Mai 1865, 3) Prinzessin Maria, geb. am 31. Mai 1867, 4) Prinz Johann Georg, geb. am 10. Juli 1869, 5) Prinz Max, geb. am 17. November 1870. Sechs trauernde Kinder umstehen also mit ihrem tiefgebeugten Vater das Todtenlager der entschlafenen Mutter, von der das Wort gilt, daß sie in Ihrem Familienkreis getreu und unermüdlich Ihres Amtes gewaltet hat und bestrebt gewesen ist, Ihren Kindern eine treffliche Erziehung angedeihen zu lassen.

Möge der allgütige Gott unserem Erhabenen Königshaus und insonderheit der so schwer betroffenen Familie des Prinzen Georg Trost in dieser Trübsal gewähren und sie vor weiteren Schicksalsschlägen gnädig bewahren!

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Gestern Morgen zwischen ½3 und ¼4 Uhr sind aus einem auf dem hiesigen Berliner Bahnhofe haltenden zweispännigen verschlossenen Postwagen

zwei Briefpostbeutel mit Geldbriefen

im declarirten Werthe von circa **80,000 Mk.**

entwendet worden.

Der eine Beutel ist nachträglich seines Inhalts beraubt auf den Feldern unweit des Berliner Bahnhofs aufgefunden worden. Ebenda hat man eine größere Anzahl zerrissene Couverts und Enveloppen der in den Briefbeuteln befindlichen Geldbriefe, sowie einige eingeschriebene Briefe und die Papierfahne des zweiten Briefbeutels gefunden.

Der noch fehlende Briefbeutel ist angefertigt aus grauer mit rothen und schwarzweiß-rothen Streifen durchzogener Leinwand und trägt in schwarzer Farbe die Aufschrift

B. P. A. 7 Magdeburg.

Der Thäter, der offenbar mit dem Postdienste hier vertraut ist, scheint sich jetzt hier aufgehalten zu haben.

Wir ersuchen hiermit Jedermann, alle sachdienlichen Wahrnehmungen insbesondere darüber, ob etwa Personen gestern Morgen ihre bisherige Wohnung unter ungewöhnlichen Umständen verlassen haben, sofort in unserer Criminalabtheilung zu melden, auch bitten wir, bei Ankauf von etwaigen Effecten und Einwechslung größerer Geldscheine mit thunlichster Vorsicht zu verfahren, da die erbrochenen Briefe wahrscheinlich zum Theil derartige Werthpapiere enthalten haben, ein genaues Verzeichniß derselben aber sich erst im Laufe des heutigen Tages aufstellen läßt.

An Thatorte haben sich deutlich wahrnehmbare Fußspuren bemerken lassen, deren Gypsabdrücke an Polizeiamtsstelle in Augenschein genommen werden können.

Seiten der kaiserl. Ober-Postdirection ist auf die Ermittelung des Thäters und die Wiederherbeischaffung des gestohlenen Gutes eine Belohnung von

1500 Mark

ausgesetzt worden.

Leipzig, den 7. Februar 1884.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. Dr. Denecke.

Holz-Auction.

Freitag den **8. Februar** c. sollen von Vormittags 9 Uhr an auf dem diesjährigen Mittelwaldschlage im Forstreviere **Rosenthal** an der sogenannten Lentzscher Linie, dicht an der Waldstraßenbrücke

ca. 60 **Abraumhaufen** und
" 96 **Langhaufen**

gegen **sofortige Baarzahlung** nach dem Zuschlage und unter den öffentlich aushängenden Bedingungen an Ort und Stelle meistbietend verkauft werden.

Zusammenkunft: an der Waldstraßenbrücke.

Leipzig, am 23. Januar 1884.

Des Raths Forst-Deputation.

Submission.

Die Herstellung einer Einfriedigung der **Garnison-Dampfwaschanstalt zu Leipzig-Gohlis** soll vergeben werden.

Kostenanschlag und Contractsbedingungen liegen im Geschäftslocale der hiesigen Garnison-Verwaltung aus und sind die Offerten versiegelt und mit der Aufschrift „**Einfriedigung**" versehen, bis spätestens **den 14. Februar c. Vormittags 11 Uhr** dahin abzugeben.

Leipzig, den 6. Februar 1884. **Militär-Baudirection.**
Porting.

Holz-Auction.

Donnerstag, den **14. Februar** c. sollen von Vormittags ½10 Uhr an im Graddorfer Forstrevier im sogenannten Schanz, dicht an der Eisenbahn

ca. **120 Langhaufen** und
" **10 Abraumhaufen**

unter den öffentlich aushängenden Bedingungen und der üblichen Anzahlung nach dem Meistgebot verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Mittelwaldschlage im Schanz.

Leipzig, am 4. Februar 1884.

Des Raths Forst-Deputation.

Auction.

Dienstag, den 12. Februar d. J., 9½ Uhr Vormittags, sollen in dem Grundstück Sternwartenstraße Nr. 12 allhier die zur Concursmasse des verstorbenen Buchbindereibesitzers Guido Weimann gehörigen Gegenstände, als: 1 größere Partie Messingschriften, 1 Vergoldepresse, 1 Pappenpressmaschine, 1 Abreißmaschine, 1 Papier- und Falzmaschine, 1 Walzenmaschine, 1 Einschneidemaschine, 1 Schneidemaschine, 1 Partie Achat-, Chamois- und Chagrin-Papier, 15½ Centner Pappe, 1 Partie Platten, mehrere Bände Meyer's Conversationslexikon, Schränke, Arbeitstische, verschiedenes zum Buchbindereibetriebe gehöriges Handwerkszeug, 2 Handwagen, 1 Kanonenofen, 1 Gasleitung mit 18 Armen, 1 Gasuhr, 1 Gasbrücher und 8 Gasbrenner, circa 100 Stück Bock- und Schaffelle sowie 1 Partie Kleidungsstücke ꝛc. an den Meistbietenden gegen sofortige Baarzahlung öffentlich versteigert werden.

Leipzig, den 30. Januar 1884.

Fischer, Gerichtsvollzieher.

Nichtamtlicher Theil.

Spanien.

Von der Pyrenäenhalbinsel dringen wieder beunruhigende Nachrichten zu uns herüber, die leider nicht als unwahrscheinlich bezeichnet werden können. Die „Nationalzeitung", welche Fühlung mit den leitenden Kreisen in Madrid hat, erfährt aus zuverlässiger Quelle, daß nach bestimmten Anzeichen ein neuer Militäraufstand unmittelbar bevorsteht. Man erinnert sich dabei an die Worte des am 17. Januar zurückgetretenen Kriegsministers Lopez Dominguez, welche derselbe bei Berathung des Gesetzentwurfs zur Erhöhung des Soldes in der Armee den Gegnern der Vorlage zurief: „Wenn Sie dem Gesetze Ihre Zustimmung verweigern, so werde ich an die Armee appelliren". Lopez Dominguez gehört nicht nur zur Partei Serrano, sondern ist auch ein Verwandter des ehrgeizigen Marschalls, und dieser ist im Begriff, den kaum erhaltenen Gesandtschaftsposten in Paris wieder zu verlassen und nach Madrid zurückzukehren. In Paris wurde die Ernennung des Ministeriums Posada Herrera im Herbst 1883 mit Freuden begrüßt, man wußte, daß dieses Ministerium das Steigen des französischen Einflusses in Spanien bedeute, und Serrano wurde als Hauptvertreter der soeben in Madrid ans Ruder gelangten Partei mit offenen Armen empfangen. Die republikanischen Blätter waren vollständig zufrieden gestellt und hofften mit Sicherheit darauf, daß die Versprechungen der Thronrede vom 15. December erfüllt werden würden. Vielleicht wäre wirklich das gefährliche Experiment der Einführung des allgemeinen Stimmrechts in Spanien gemacht worden, wenn nicht Sagasta unter Zustimmung aller gemäßigt denkenden Spanier Widerstand geleistet und wenn nicht die rechtzeitige Aufrichtigkeit Castelar's den Schwankenden noch im letzten Moment die Augen geöffnet hätte über die Gefahren, in welche die Action des Verschwörungsministeriums das unglückliche Land zu stürzen im Begriff stand. Unter solchen Vorbereitungen kam der Tag der Abstimmung, der 17. Januar, heran. Der Adreßentwurf Sagasta's wurde mit 221 gegen 126 Stimmen angenommen, das Ministerium Posada erhielt seine Entlassung und Canovas del Castillo wurde an die Regierung berufen.

Dieser Verlauf der Dinge mag bei der dynastischen Linken den Verdacht der vorherigen Verabredung auf Seiten ihrer Gegner hervorgerufen haben, und deshalb erhoben die republikanischen Blätter in Frankreich das Geschrei über einen Staatsstreich. Und doch war das constitutionelle System peinlich aufrecht erhalten worden, das Ministerium hatte eine Niederlage erlitten und mußte deshalb zurücktreten, wenn der König es nicht mit der Auflösung der Cortes beauftragte. Die Gefahr einer solchen Maßregel lag aber nach den Erfahrungen der Adreßdebatte zu offenkundig zu Tage, als daß der König dazu die Hand bieten konnte, um so weniger, da Posada nicht einmal die Bürgschaft dafür übernehmen wollte, daß die neuen Cortes das Programm des Ministeriums annehmen werden.

Wenn in Spanien eine rein parlamentarische Regierung bestände, so hätte an Stelle des abtretenden Ministeriums das neue Cabinet aus der Majorität der Kammer genommen werden müssen, das ist soweit geschehen, als ja Canovas ebenfalls für den Adreßentwurf gestimmt hatte, aber den Kern der Mehrheit bildet die Partei der Constitutionellen und zu diesen gehört Canovas nicht, die Partei, welche seiner Führung folgt, nennt sich vielmehr die liberal-conservative. Neben ihm haben aber auch Minister, wie Romero Robledo, ihre Stelle gefunden, welche der Parteirichtung Sagasta's angehören. Ueberhaupt sind die Parteiunterschiede in Spanien nicht so streng wie in anderen constitutionellen Staaten, der Hauptunterschied besteht zwischen Anhängern des Königthums und der Republik und das neue Ministerium besteht aus lauter königstreuen Elementen.

Welche Rolle die Partei Serrano's, also die sogenannte dynastische Linke, in der gegenwärtigen Krisis spielt, ist noch nicht völlig klar gestellt, aber darin stimmen alle Kenner der spanischen Verhältnisse überein, daß die dynastische Linke unzuverlässig ist und zu den Republikanern hinneigt. Den Anschlag für die Berufung des Ministeriums Canovas scheint die Haltung der Armee geliefert zu haben. Daß Lopez Dominguez als Kriegsminister dem Thron Gefahren bringe, mußte auch Denen einleuchten, welche den Ereignissen in Spanien fern stehen, ein Kriegsminister, welcher die Armee gegen die Volksvertretung ausspielt, unter Umgehung des Königs, paßt nicht für dieses wichtige Amt in einer Monarchie.

Die Anzeichen, welche jetzt in unzweifelhafter Form hervortreten, scheinen in Madrid schon früher bemerkt worden zu sein, deshalb wurde bei der Neubildung des Ministeriums mit so energischer Schnelligkeit verfahren; das Cabinet war fertig, nachdem kaum der Befehl zu seiner Formirung ergangen war, und functionirte zugleich mit einer Sicherheit, daß der Schluß gerechtfertigt erscheint, es habe schon längere Zeit vorher volle Klarheit über die zu ergreifenden Maßregeln bestanden. Zwei Dinge waren es, welche sofort in Angriff genommen werden mußten: Die Vorbereitungen zu den Neuwahlen und die Unterdrückung der revolutionären Elemente in der Armee. Romero Robledo schickte unmittelbar nach Uebernahme des Ministeriums des Innern 49 Präfecten in die Provinzen, und General Quesada, der erprobte Feldherr und Führer der Nordarmee beim letzten Militäraufstande, ergriff mit fester Hand die Kriegsverwaltung. Die zur Organisation eines neuen Aufstandes bereiten Offiziere wurden dadurch in ihrer Thätigkeit gehemmt, sie waren genöthigt, einen passenderen Zeitpunct abzuwarten. Ihre Hoffnung, daß sich ein solcher darbieten werde, war vergeblich, und deshalb bereiten sie sich zum Losschlagen vor, damit nicht die zunehmende Befestigung der bestehenden Regierung ihre Absichten überhaupt vereitelt. Der französische Einfluß auf die auf Meuterei bedachten Truppen ist unverkennbar. Zorilla leitet die Bewegung genau so, wie er den Aufstand von Badajoz im August d. J. in Scene gesetzt hat. Ob er die eigentliche Seele der Bewegung oder nur eine vorgeschobene Persönlichkeit ist, läßt sich nur vermuthen, aber die vorhandenen Anzeichen weisen auf den Marschall Serrano, als den Hauptleiter des Ganzen. Daß der Aufstand noch im Keim unterdrückt werden könne, läßt sich nach den letzten Nachrichten kaum annehmen, und vielleicht ist es auch besser, daß die unruhigen Elemente der Armee sich offen als solche zu erkennen geben, es wird dann um so leichter werden, sich ihrer vollständig zu entledigen und durch strenge Bestrafung der Schuldigen jeder Wiederholung endgiltig vorzubeugen.

Leipzig, 7. Februar 1884.

* Ueber den Termin für den **Zusammentritt des Reichstages** sind noch immer keine definitiven Bestimmungen getroffen worden. In Bundesrathskreisen nimmt man an, daß die Antworten der Landesregierungen auf die ihnen übersandte Vorlage von Grundzügen zur Unfallversicherung noch im Laufe dieser Woche an der Centralstelle in Berlin eingetroffen sein werden, da die Reichsregierung die verbündeten Regierungen um schleunige Abgabe ihres Votums ersucht hatte. Die Durchberathung der Vorlage seitens des Bundesraths dürfte bis Anfang März zu ermöglichen sein. Unter diesen Umständen erscheint nach officiösen Blättern die Einberufung des Reichstags wahrscheinlich, zumal die Hindernisse, welche die wichtigsten Vorlagen bisher außerhalb des Bundesraths zu finden schienen, als hinweggeräumt betrachtet werden können. Von anderer Seite wird dagegen gemeldet, daß für den Beginn der Reichstagssession vor Allem die Reisedispositionen des Fürsten Bismarck maßgebend sein dürften.

* Bei der anderweiten **Wahl** eines Landtagsabgeordneten im 4. Wahlbezirke des Regierungsbezirkes **Trier** an Stelle des Professors Dr. Kluighoff, welcher sein Mandat niedergelegt hat, wurde der Landrichter Lehmann aus Saarbrücken (Centrum) mit 378 von 379 Stimmen gewählt.

* In der Sitzung der zweiten **hessischen Kammer** vom Dienstag wies der Staatsminister v. Starck in Beantwortung der Interpellation des Abgeordneten Racke über die kirchenpolitische Lage darauf hin, daß Baden keine Analogie biete, da dort die Anzeigepflicht stets erfüllt worden und die Examenpflicht in den Vordergrund getreten sei. Die Regierung habe dem preußischen Gesetze vom 30. Juni 1883 die größte Bedeutung beigelegt und würde in der Lage gewesen sein, eine derzügliche Gesetzvorlage zu machen, wenn das preußische Gesetz die Folge gehabt hätte, daß die katholische Geistlichkeit die Anzeigepflicht ausübe. Wegen der Wiederbesetzung des Mainzer Bischofsstuhles könne die Regierung die Initiative nicht ergreifen, da das Capitel von Rom aus angewiesen worden sei, keine neue Candidatenliste vorzulegen. Der neue Candidat müsse die Sicherheit geben, daß die Anzeigepflicht, soweit sie verlangt werde, auch erfüllt werde. Die Verhandlungen mit den päpstlichen Diplomaten im Jahre 1882 seien resultatlos gewesen; im Jahre 1883 sei von Rom aus wegen neuer Unterhandlungen angefragt worden, der Staat habe damals seine Bereitwilligkeit zu solchen erklärt und sei auch heute noch jederzeit bereit, in Unterhandlungen einzutreten. Die Verhandlung über die Antwort des Ministers wurde vertagt.

* Die „**Norddeutsche Allgemeine Zeitung**" bringt eine hochofficiöse Ausführung, welche sich an die Deutschen in **Oesterreich** wendet und die das monarchische Princip vertheidigt. Das genannte Blatt schreibt:

Die am 24. Januar wieder aufgenommenen Verhandlungen des cisleithanischen Reichsrathes haben die Parteileidenschaften in hohem Grade aufgeregt, und der Antrag des Grafen Wurmbrand, der bekanntlich die Regierung aufforderte, einen Gesetzentwurf einzubringen, wodurch unter Festhaltung der deutschen Sprache als Staatssprache der Gebrauch der landesüblichen Sprachen im Amts-, Schul- und öffentlichen Leben geregelt werden sollte, — dieser Antrag beschäftigt die öffentliche Meinung noch immer, wenngleich die bereits gestern fünftägige heftige Debatte resultatlos geblieben ist. — Im Verlauf derselben ist auch, wie kaum anders zu erwarten war, das Verhältniß Oesterreichs zum deutschen Reiche erwähnt worden, im Besonderen sind die Ansichten des deutschen